1. **Nur für jeden achten Beschäftigten gilt noch die "Normalarbeitszeit"**
   Rund 40 Prozent der abhängig Beschäftigten arbeiteten 2003 in Jobs mit extremen Formen der Arbeitsflexibilisierung. 29 Prozent hatten überlange Wochenarbeitszeiten, 15 Prozent extrem schwankende Arbeitszeiten und knapp 6 Prozent mussten sich mit Schicht- und Nachtarbeit arrangieren.
   Notwendig sei eine „Reformulierung der Normalarbeitszeit", so eine Analyse der Arbeitszeitforscher Hermann Groß, Hartmut Seifert und Georg Sieglen auf Basis einer repräsentativen Beschäftigtenbefragung.
   Quelle: Böckler impuls
2. **Spitzenverdiener legen kräftig zu**
   Bereits in den 90er-Jahren waren in Deutschland die Einkommensunterschiede größer als bisher angenommen. Die Durchschnittseinkommen stagnierten. Enorme Zuwächse gab es dagegen an der Spitze der Einkommenspyramide. Das reichste Zehntel konnte sein Markteinkommen von 1992 bis 2001 von einem Anteil von 38,8 auf 41,6 Porzent steigern. Der Anteil der unteren Hälfte sank von 5,4 auf 3,0 Prozent.
   Quelle: Böckler impuls [PDF – 132 KB]
3. **Selbst die OECD plädiert für Mindestlöhne**
   Nach Einschätzung der OECD wird die Globalisierung vor allem für die große Zahl der ungelernten Beschäftigten den Druck auf die Löhne erhöhen. Um zu verhindern, dass diese Gruppe zu den Verlierern der Globalisierung gehört, plädiert die OECD in einer Stellungnahme, die der FTD vorliegt, dafür, dass Mindestlöhne zusammen mit Kombilöhnen eingeführt werden.
   Quelle: FTD

   Anmerkung: *Ein Beispiel dafür, wie selbst ein internationaler Hort des Wirtschaftsliberalismus, wie die OECD weniger dogmatisch ist, als unsere vorherrschenden Wirtschaftsideologen.*

4. **EU: Keine Kontrolle von Hedgefonds in Europa**
   Die Manager der spekulativsten Finanzvehikel der Welt können aufatmen: Die Euopäische Union hat sich nicht geeinigt, wie Hedgefonds künftig verbindlich und besser kontrolliert werden. Stattdessen sollen die vorhandenen staatlichen Aufsichtsbehörden einfach gut aufpassen.
   Quelle: manager-magazin
5. **Ehemalige Unternehmensvorstände und Politiker auf der Gehaltsliste der Finanzinvestoren**
   Mehr als 100 Manager und Politiker stehen inzwischen auf der Gehaltsliste von Investmentbanken und Finanzinvestoren. So arbeitet Ex-Telekom-Vorstandschef Ron

Sommer für den US-Finanzinvestor Blackstone. Der frühere Bundesbanker Karl Otto Pöhl engagiert sich sowohl beim Bankhaus Sal. Oppenheim als auch beim US-Finanzinvestor Carlyle. Der einstige DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp steht in Diensten der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers, und der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder lässt seine Kontakte für das britisch-französische Bankhaus Rothschild spielen.
Quelle: Wirtschaftswoche

Anmerkung: *Ein weiteres Indiz für den Übergang vom Realkapitalismus, also den Interessen der Unternehmen an realem wirtschaftlichem Erfolg, hin zu reinem Finanzkapitalismus, in dem es vor allem um Finanzspekulationen geht.*

6. **Der Austritt Venezuelas aus IWF und Weltbank ist eine Folge des Interventionismus der letzten Jahrzehnte**
   Der Widerstand gegen IWF und Weltbank kommt demnach nicht nur aus Venezuela. Tatsächlich werden spätestens seit der Finanzkrise in Argentinien) (1998-2002) die so genannten Strukturanpassungsmaßnahmen von IWF und Weltbank in Lateinamerika als Ursache für die heute bestehenden sozialen Probleme gesehen (Freikauf vom IWF). Der wirtschaftspolitische Interventionismus der Organisationen steht dabei in einem zunehmenden Widerspruch zu der Politik des starken Staates, wie sie von der neuen Linken in Lateinamerika wieder forciert wird. Diese Linie widerspricht trotz der Rhetorik (noch) nicht kapitalistischen Markgesetzen. Sie stärkt vielmehr den Handlungsspielraum der nationalen Bourgeoisien gegenüber transnationalen Akteuren.
   Quelle: Telepolis
7. **Die Hessischen Hochschulgebühren sind – zumindest in ihrer derzeitigen Form – verfassungswidrig**
   Die List der Geschichte schlägt der Föderalismusreform ein Schnippchen. Die Länderverfassungen werden aufgewertet. Nach der Hessischen Verfassung sind aber sowohl allgemeine Studiengebühren unzulässig als auch die Entlassung der Hochschulen aus der Staatsaufsicht.
   Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik
8. **Jedes dritte Kleinkind hat einen Migrationshintergrund**
   In Deutschland leben 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Acht Millionen davon sind bereits eingebürgert worden. Die Zahlen über Einwanderer und ihre Nachkommen hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden erstmals erhoben.
   Quelle: FR